

zu helfen. Die materielle Sorge des Zentrums habe sich stets zuerst den Interessen der Armen zugewandt; für das Zentrum sei der Staat das letzte Mittel zum Zweck.

Der Leiter des Windhofbundes Bittau, Hans Böhle, gab Anregungen für den Ausbau des Arbeit innerhalb der Windhofbünde. — Nachdem noch einmal seitens der Jungsozialisten und des Jungdeutschen Ordens gesprochen worden war, erteilte der Tagungsleiter Dr. Vogel das Schlusswort. Seine Ausführungen gipfelten in der Forderung, daß die einzelnen Gruppen und Berufsstände erst in einer feinen Auffassung des Gesamtproblems kommen müßten, bevor aus diesem Zusammenhang Einzelfragen zur Diskussion gestellt würden. Nach 13 Uhr konnte Dr. Krosch den überaus anregend verlaufenen Bundesjugendtag beenden.

Delegierten-Versammlung

am Nachmittag, der eine kurze Sitzung des Landesvorstandes vorausging, wurde von Dr. Klinger mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, in der er die Aufgaben der Parteitagung umriss. Dann erhielt das Wort Dr. Vogel zu kurzen Ausführungen über

die politische Lage im Reich.

Dr. Vogel nahm zunächst Stellung zu dem Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Kriegsschuldfrage. Es sei besonders verhängnisvoll, daß die Frage der Kriegsschuld mit dem Volksbegehren verknüpft worden sei. In dieser Frage sei das deutsche Volk völlig einig, es werde aber nun dadurch, daß nur ein Teil des deutschen Volkes für dieses Volksbegehren stimmen werde, der Eindruck entstehen, als erkenne der andere Teil die Kriegsschuld Deutschlands an. Völlig unbillig sei es, unsere politischen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland zum Gegenstand eines innerdeutschen Gefechtes und eines Volksbegehrens zu machen. Alle deutschen Regierungen seien bemüht gewesen, die Kriegsschuld nach Kräften zu mildern. Mit diesem Volksbegehren verlege sich die „nationale Opposition“ der großen vaterländischen Aufgabe, die ihr gestellt sei. Die Gefahr des Volksbegehrens liege darin, daß es die Kreise der wirtschaftlich Unzufriedenen aufwühle und zu neuen innerpolitischen Erschütterungen führe.

Angeht diese Lage sei es notwendig, eine Politik zu verfolgen, die die unzufriedenen Gruppen mit dem Staate ausführe. Notwendig zu einer ruhigen Fortführung der politischen Aufwärtsentwicklung der vergangenen Jahre sei die Aufrechterhaltung der bestehenden Koalition. Auch die Frage der Besetzung des Außenministeriums müsse unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Förderung der produktiven Kräfte der Wirtschaft und des Staates sei das große Ziel, das die Politik der nächsten Zukunft in Deutschland bestimme. Notwendig sei eine endgültige Reform der Arbeitslosenversicherung und stärkere Sparmaßnahmen in der gesamten Verwaltungstätigkeit. Ohne diese Voraussetzungen könne das große Werk der Steuerreform, das in diesem Winter zu schaffen sein werde, nicht geleistet werden. Von großer Bedeutung für das Zusammenarbeiten der Koalition werde es sein, ob die anderen Koalitionsparteien Verständnis für die Haltung des Zentrums in den zur Erörterung stehenden kulturellen Fragen (Scheidungsreform u. a.) zeigen. — Zum Schluß hennzeichnete Dr. Vogel die obgleichene Haltung des Zentrums gegenüber der kulturpolitischen Einstellung der Sozialdemokratie und gegenüber den Wirtschaftsgruppen, die geeignet sind, eine vernünftige Staatspolitik in Deutschland mehr und mehr unmöglich zu machen.

In der Ansprache, die sich an das Referat angeschlossen, würdigte Gewerkschaftssekretär Kladezki (Weihen), die große Bedeutung des Arbeitslosenproblems. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit stehe in innigem Zusammenhang mit den Kriegsschulden und der dadurch bedingten Wirtschaftspolitik. In den nächsten Jahren sei damit zu rechnen, daß dauernd mehr als eine Million Volksgenossen, die arbeitswillig sind, keine Arbeit haben. Die Arbeitslosenversicherung sei also eine Frage, die nicht nur Unternehmer und Arbeitnehmer angehe, sondern das ganze deutsche Volk. Es sei der Zentrumspartei zu danken, daß sie als einzige Partei sich in diesem Sinne zur Arbeitslosenversicherung eingesetzt habe. — Dr. Klinger würdigte die große Bedeutung, die der kommenden Steuerreform zukomme. Diese Steuerreform werde eine harte Belastungsprobe für die Koalition sein. Es bestünde leider wieder Aussicht, daß wir auch in diesem Jahr um die übliche Weihnachtsschneise nicht herumkommen würden. — Dr. Hilpert (Veispitz), wies auf einzelne bedenkliche Erscheinungen unserer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung hin. Die gesamte öffentliche Kreditgebung werde die schärfste Kritik. Von der Förderung des Mittelstandes werde viel gesprochen, aber es werde oft das Gegenteil getan. Man müsse darüber nachdenken, was in Deutschland die Bedeutung der Persönlichkeit im wirtschaftlichen und

politischen Leben nicht mehr und mehr ausgeschaltet werde. — Nachdem Herr Sornie (Lhi Dresden) noch kurz über die Stellung des Zentrums zur kulturpolitischen Haltung der Sozialdemokratie gesprochen hatte, ging Dr. Vogel in einem kurzen Schlusswort auf die in der Diskussion gegebenen Anregungen ein. Gegen das Volksbegehren wurde eine Entschließung gefaßt, die wir an anderer Stelle wiedergeben.

Die sächsischen Kommunalwahlen

bekanntete Schulleiter Günther (Weutendorf), der Vorsitzende der kommunalpolitischen Vereinigung der Sächsischen Zentrumspartei. Er bezeichnete es als erfreulich, daß in den letzten Jahren die Zahl der Kommunalvertreter des Zentrums in Sachsen ständig zugenommen habe. Es sei aber keineswegs schon alles erreicht, was erreicht werden könnte. Erhöhte Bedeutung habe die Kommunalpolitik für die Zentrumspartei in Sachsen, solange eine Verteilung im Landtage nicht erreicht wird. Aus der Kommunalpolitik ergeben sich für viele unserer Zentrumgruppen, vor allen Dingen in der Lausitz, wichtige Anregungen.

Unemein sind allerdings die Schwierigkeiten, unter denen zu arbeiten ist. Vorgehen nach der gleichen Methode, wird bei der zahlenmäßigen Schwäche der Zentrumsanhänger nicht an

allen Orten möglich sein. Das wesentliche ist, daß überall dort wo es irgendwie möglich ist, der Versuch gemacht wird, einen Vertreter unserer Weltanschauung in das Gemeindeparlament zu bringen. Es bestehen dabei keinerlei Bedenken, mit Kontakten behafteten Parteien zusammenzuarbeiten, von denen uns in dem gelagerten der großen Politik vieles trennt. Wir wissen, mit welcher Festigkeit die Gemeindevorstände in Sachsen zwischen rechts und links umhüpft werden. In diesem Kampfe darf keine Zentrumstimme verloren gehen. Bei dem Widerstand gegen den radikalen, auf dem Gebiete der Kulturpolitik christlich-sozialistischen Sozialismus gehörenden die Zentrumswähler in die vorderste Linie.

Nach an dieses Referat schloß sich eine eingehende Diskussion, in der die Herren Direktor Engler (Dresden), Hummer (Zabau), Vogt (Dresden), Gewerkschaftssekretär Gessel (Weihen), Pollack (Weidenberg), Obfarnik (Chemnitz), Tache (Glauchau) und Kladezki (Weihen), wertvolle Anregungen gaben. — Nach einem kurzen Schlusswort von Schulleiter Günther, ergriß Dr. Klinger das Wort zu seiner Abschiedsrede, über die wir an anderer Stelle des Platzes berichten. Nach der Amtsniederlegung des 1. Vorsitzenden schloß Stadtrat Prager den Parteitag mit Worten des Dankes an alle Teilnehmer.

Das Urteil von Oppeln

Ende des Theater-Prozesses

Oppeln, 11. Oktober.

In dem großen Oppelner Theater-Prozess wurde Sonnabend mittags 13.15 Uhr nach sechstägiger Verhandlung und nach dreieinhalbstündiger Urteilsbegründung in Anwesenheit des Oberlandesgerichtspräsidenten Witte, Breslau, folgendes Urteil verkündet:

Die Angeklagten Polster, Kalemaja, Jeniner, Nowak, Polstada, Haupt und Bernert werden des Landfriedensbruches für schuldig erklärt. Es werden verurteilt: Kalemaja zu acht Monaten, Jeniner und Nowak zu je sechs Monaten, Polstada und Haupt zu je vier Monaten und Polster zu drei Monaten Gefängnis, Bernert zu einer Geldstrafe von 150 Mark an Stelle von einer verwirkten Strafe von einer Woche Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Von den Freigesprochenen erhalten Kadak und Funke, zwei Jugendliche, eine Verwarnung. Die Kosten des Verfahrens tragen die verurteilten Angeklagten bzw. für die freigesprochenen Angeklagten die Staatskasse.

In einer sehr ausführlichen Begründung des Urteils im Oppelner Theaterprozess führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Christian, aus, daß die Oppelner Vorfälle außerordentlich zu bedauern sind, zumal die Schauspieler selbst keinen Anlaß dazu gegeben haben. Besonders bedauerlich ist es auch, daß Frauen und Mädchen geschlagen wurden. Die Angeklagten dürfen keinen Anspruch darauf erheben, daß sie sich als Helden gezeigt haben. Die Vorfälle richteten sich aber nicht gegen die polnische Minderheit in Deutschland an sich. Von der anderen Seite ist alles viel schlimmer geschildert worden, als es sich in Wirklichkeit zugezogen. Nur ein Teil der polnischen Zeugen hat sich Mühe gegeben, die Wahrheit zu sagen. Das Gericht könnte allerdings nicht feststellen, daß polnische Zeugen bewußt Meinrede geleistet haben. Das Gericht habe sich freigegeben von allen politischen Erwägungen. Es kann nicht Rücksicht nehmen auf die Justiz in Polen ebenso wie auf die Politik des deutschen Auswärtigen Amtes.

Die Motive zu der Tat sind individuell verschieden. Allgemein kann man aber annehmen, daß die Tat aus selbstherrlichem Patriotismus geschah und zum Teil auch auf ein gewisses Nowojum zurückzuführen ist, das in der jugendlichen Unreife der Angeklagten seinen Grund findet. Es muß auch berücksichtigt werden, daß die Angeklagten in ihrer Jugend in dem losgerissenen Teil Ostpreziens ihre eigene Heimat gesehen haben und wie alle Deutschen diese ge-

waltige Abtrennung nie als berechtigt ansehen können. In dem Fall Oppeln kam noch hinzu, daß der überwiegende Teil der Oppelner Bevölkerung die Notwendigkeit einer polnischen Aufführung nicht anerkannte. Diese Tatsache rechtfertigt zwar keine Gewalttätigkeiten, aber sie mußten bei der Festsetzung des Strafmaßes berücksichtigt werden. Der Vorsitzende gab dann die ausführlichen Begründungen für jeden einzelnen Angeklagten und leitete mit, daß noch keine Entscheidung darüber gefallen ist, ob den Verurteilten möglicherweise eine Bewährungsfrist gewährt wird oder nicht.

Sechs Tage lang ist vor dem Oppelner Schwurgericht gegen etwa 20 Personen verhandelt worden, die des Landfriedensbruches angeklagt waren, weil sie am 28. April dieses Jahres eine polnische Theateraufführung gestört und nachher polnische Schauspieler mißhandelt hatten. Bereits vor Monaten wurden leitende Polizeibeamte im Zusammenhang mit dem gleichen Vorfall verurteilt, weil sie einen so folgenschweren Ausbruch nationaler Leidenschaften nicht vorausgesehen und daher nicht für reichliche ausreichende Schutzmaßnahmen gesorgt hatten. Ein rechtschender Oppelner Redakteur, der in einer vom hiesigen Standpunkt aus gesehen — unnötig scharfen Stellungnahme vor der Veranstaltung eines polnischen Gastspiels gewarnt hatte, mußte sich deswegen vor Gericht verantworten. Die deutsche Regierung sprach sofort ihr Bedauern aus. Es ist also sicherlich alles geschehen, was von polnischer Seite gefordert werden konnte, um die Talen einiger Hühner zu züchten.

Diese Bemühungen sind leider in Polen nicht anerkannt worden. Es ist ein wahres Verhängnis, daß man hier nicht gelernt hat, objektive Vergleiche und aus diesen Vergleichen Nutzen zu ziehen. In Oppeln haben sich üble Dinge ereignet. Man dürfte sich also in Deutschland nicht wundern, wenn die polnische Öffentlichkeit entsetzt war. Aber diese polnische Öffentlichkeit hat noch niemals ein Wort der Entrüstung gefunden, wenn der deutschen Minderheit in Polen noch Lieberes geschah. Die Oppelner Vorfälle haben nunmehr die Gerichte beschäftigt. Ob die polnische Öffentlichkeit mit den verhängten Strafen unzufrieden sein wird? Wahrscheinlich nicht! Sie ist aber bisher damit durchaus zufrieden gewesen, daß bisher kein einziger der blutigen Überfälle auf deutsche Versammlungen und Theateraufführungen in Ostpreziens eine entsprechende Sühne gefunden hat. Sollte die Häufigkeit der Übergriffe gegen Angehörige der deutschen Minderheit in Polen die Gefühlslage der Minderheit bereits so weit abgekämpft haben, daß man derartige Vorfälle als belanglose Alltagsereignisse betrachtet? Auf der anderen Seite hat man einen Einzelfall, den in Deutschland kein vernünftiger Mensch billigt, zu einer Hege ausgenutzt, die keine Grenzen fand.

Die wirklichen Opfer der Oppelner Vorfälle sind allon Bauern und aller Sympathien wert. Daß man aber in Polen aus diesen bedauerlichen Vorfällen eine politische Sensation ersten Ranges machte, dafür wird man wohl nur innerhalb des polnischen Chauvinismus Verständnis haben. Man ging dabei obenrein recht ungeschickt zu Werk. Man verriet schon durch die Geschäftigkeit der mannigfachen Behauptungen, daß hinter dem Mitleid mit den Oppelner Opfern eine unwürdige Freude stand, nun endlich einen greifbaren Anlaß zu haben, verschiedene Pläne zu verwirklichen. Eine sensationell aufgemachte Rede wurde ging an den Vortragsband. Endlich lag das notwendige Material vor, um die Brutalität des deutschen Terrors gegenüber der polnischen Minderheit nachzuweisen. Im Innern des Landes began eine Reihe von Vergeltungsaktionen. Man besetzte mit Hilfe der Aufständischen die zweisprachigen Ausschreitungen in den Kinohäusern; man sperrte das Rationier Stadttheater für deutsche Vorstellungen; man schickte erneut die deutsche Schule. Bis an die letzten Amtsstellen bekommen die Angehörigen der deutschen Minderheit es leichter zu finden, daß sie die gleiche Sprache sprechen wie die Urheber der Oppelner Theaterhandels. Nicht einen Augenblick denkt man daran, daß es in keinem Betracht möglich ist, die Deutschen in Polen für etwas verantwortlich zu machen, was in Oppeln geschah, daß jenseits der Grenze die von den deutschen Behörden ergriffene wohlwollende Behandlung polnischer Veranstaltungen auf geschloßener, wenn auch sachlich nicht gerechtfertigter Widerstand gegen sie, solange die deutsche Minderheit in Polen nicht wenigstens das Mindestmaß ihrer Rechte erhält.

Der Oppelner Prozess, dem die schlechte Photographie eines schlecht gefüllten Dokuments zugrunde lag, und der Lemberger Prozess gegen die drei in Stanislaw verhafteten deutschen Studenten haben freilich erwiesen, daß man es sich in Polen immer noch nicht abgemüht hat, erwünschte Tatsachen einfach zu schaffen, ganz unbekümmert darum, daß einmal doch die Wahrheit ans Tageslicht kommen kann. Man hat in Oppeln mit den gleichen Methoden gearbeitet und hier ausgeprochenes Pech gehabt.

Es wäre wahrhaftig das Geheißteste, was man in Polen tun könnte, wenn man nunmehr endlich einen Schritt unter die Oppelner Vorfälle ziehen würde. Man zwingt durch unnütze und überflüssige Weiterreden nur zu Feststellungen jenseits der Grenze, die für Polen wenig erschlagend sind. Es werden dann noch wertvollere Instrumente zur Verfügung als Geigen und Waldhörner, die Instrumente der Verständigung nämlich, die man überdies bereits seit langem, in Polen mehr als in Deutschland, zu spielen verlernt hat. Der jungen polnische Staat, dem niemand die Achtung zu verweigern gedenkt, sollte doch endlich aufhören, die Rolle eines schlechten polnischen Schauspielers zu spielen, der nachher den Kritiker ohnefeigen müßte, der ihm vorzüglich zur Befreiung gemacht hat.

Der Mordfall Rosen

Neue Wendung

Die Aussage des Büchsenmachers.

Breslau, 12. Oktober.

Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ berichten über eine auffehnerregende Wendung im Falle Rosen, durch die die verhaftete Frau Neumann schwer belastet wird. In den letzten Vernehmlichungen spielte ein abgebrochener Dietrich, der in der Rosen'schen Villa gefunden wurde, eine große Rolle. Wie die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ mitteilen, hat sich jetzt ein Waffenhändler, der Büchsenmacher S., aus Breslau bei der Kriminalpolizei gemeldet und angegeben, daß vor einigen Jahren eine ältere Frau in sein Waffengeschäft gekommen sei und sich von seinem Sohne die Handhabung einer Pistole habe erklären lassen. Später habe ihn sein Sozias hinzugerufen, da die Kundin das Verlangen gestellt habe, ihr eine Pistole abzugeben. Er sei darüber sehr erkaunt gewesen und habe die Dame noch einmal gefragt, ob wirklich der Dietrich gebrochen werden soll. Die Dame habe aber darauf bestanden mit der Begründung, er solle nur zum Theater spielen benutzt werden und es solle nur mit eingebrochenem Aussehen. Da er trotzdem noch Bedenken gehabt hätte, habe er in den Schaft eine Kerbe gemacht, diese Kerbe aber wieder abgefeilt und dafür den Kerbschnitt im Innern des Griffes angebracht, wo die Stelle nicht auffiel. An dem Dietrich soll sich tatsächlich die vorher beschriebene Feilsper befinden haben. Da der abgebrochene Griff seiner Zeit an der Kellertür der Rosen'schen Villa nicht aufgefunden worden war, konnte die Bekundung über den Kerbschnitt innerhalb des Griffes nicht nachgeprüft werden. Bei einer Gegenüberstellung der Frau Neumann mit dem Büchsenmachermeister erklärten die beiden Zeugen, daß sie zwar angeht des vierjährigen Zeitraumes nicht beschwören könnten, daß die damalige Kundin und Frau Neumann ein und dieselbe Person

seien, aber nach ihrer Meinung liege bestimmt eine Personengleichheit vor. Frau Neumann selbst stellt in Absrede, in dem Geschäft der Zeugen gewesen zu sein.

Bevorstehende Freilassung Gröschls

Prag, 12. Oktober.

Der unter Spionageverdacht in Rutenberg verhaftete Gröschl, reichdeutscher Staatsbürger, soll nun freigelassen werden. Justizminister Mager-Harting hat dem deutschen Gesandten in Prag, Dr. Koch, mitgeteilt, daß Gröschl im Laufe des heutigen Sonntags auf freien Fuß gesetzt werden wird, da sich seine Unschuld erwiesen habe. Die deutsche Gesandtschaft wird sich mit Gröschl wegen seiner Schadenersatzansprüche ins Benehmen setzen und seine Forderungen wahrscheinlich durch eine Note unterstützen. Mit Gröschls Freilassung ist die Angelegenheit selbstverständlich noch nicht erledigt. Gröschls Anwalt erhielt Sonnabend früh einen Brief seines Klienten, in dem dieser sich über seinen schlechten Gesundheitszustand beschwert, und den Anwalt bittet, ihm die Ueberführung ins Inquisition-Hospital zu ermöglichen. Er sei stark erkältet, im Gefängnis werde noch nicht geheizt, die Fenster schloßen schlecht und er leide sehr unter der Kälte.

Ulig-Berufung erst im nächsten Jahr

Kattowitz, 12. Oktober.

Wie bereits gemeldet wurde, sollte das Verurteilungsvorverfahren im Uligprozess am 12. Oktober stattfinden; jedoch hat der Angeklagte bisher eine entsprechende Vorladung nicht erhalten. Wie wir erfahren, ist jetzt der Termin bis auf weiteres verschoben worden. Es verläutet, daß der Prozess erst Anfang kommenden Jahres stattfinden soll.